



## **Antrag**

der Fraktion der FDP

### **Echte Entlastungen für den Mittelstand**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt mit Sorge fest, dass die Wirtschaftslage sehr angespannt bleibt, die Zahl der Insolvenzen steigt und die Deindustrialisierung in unserem Land spürbar voranschreitet. Die bisher von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Entlastungsmaßnahmen werden von der mittelständischen Wirtschaft überwiegend als unzureichend und fehlgeleitet wahrgenommen. Die steuerfreie Krisenprämie in Höhe von 1.000 Euro wird insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen als zusätzliche und unfaire Belastung angesehen, die sie in der derzeitigen Situation gar nicht stemmen können. Die aktuelle Lage ist auch nicht mit der Situation zu Zeiten der Corona-Pandemie, als ebenfalls steuerfreie Prämien ermöglicht wurden, vergleichbar, weil fortlaufende Krisen und die jetzigen Energiepreissteigerungen auch die Arbeitgeber in eine außerordentliche Belastungssituation gebracht haben. Hinzu kommt ein steigender Bürokratieaufwand durch das neue Bundestariftreuegesetz.

Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, sich auf Bundesebene für echte Entlastungen für den Mittelstand einzusetzen. Die Bundesregierung muss die Unternehmensbesteuerung auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau absenken, die Stromsteuer für alle Verbraucher senken und eine leistungsorientierte Reform der Einkommensteuer mit steuerfreien Überstunden umsetzen. Diese Maßnahmen müssen umgehend beschlossen und umgesetzt werden, statt sie nur als perspektivische Lösungen anzukündigen.

Der Landtag fordert die Landesregierung zudem dazu auf, sich für ein bundesweites Bürokratiemoratorium für die mittelständische Wirtschaft einzusetzen, das auch für das neue Bundestariftreuegesetz gelten soll. Die mittelständische Wirtschaft soll von der Bundesregierung die Zusage erhalten, bis zum Ende der laufenden Wahlperiode

des Deutschen Bundestages keine zusätzlichen Bürokratielasten auferlegt zu bekommen. Stattdessen muss bis zum Ende des Jahres ein gemeinsames Paket zum Bürokratieabbau erarbeitet werden.

Christopher Vogt  
und Fraktion